

REGIERUNGSERKLÄRUNG UND STAATSSCHULDENKRISE

## Koalition packt Euro-Schuldenkrise an der Wurzel

Die Koalitionsfraktionen haben sich in den vergangenen Wochen mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) und der Fiskalpakt noch vor der Sommerpause gemeinsam im Bundestag behandelt werden – mit Erfolg: Beide Verträge sollen nun am 29. Juni vom Bundestag abschließend beraten werden.

### ESM und Fiskalpakt noch vor der Sommerpause

Mit dem Fiskalvertrag verpflichten sich – mit Ausnahme Großbritanniens und der Tschechischen Republik – alle EU-Mitgliedstaaten zur Einhaltung strenger Obergrenzen für ihre Staatsschulden. Werden diese überschritten, wird künftig automatisch ein Defizitverfahren ausgelöst. Durch die Einführung verbindlicher Schuldenbremsen stellt der Fiskalpakt eine ganz entscheidende Weichenstellung für die Stabilisierung des Euro dar. Gleichzeitig sollen mit dem ESM unter streng definierten Auflagen zahlungsunfähige Mitgliedstaaten der Eurozone finanziell mit Krediten der Gemeinschaft der Euro-Staaten unterstützt werden. Die gemeinsame Ratifizierung von Fiskalvertrag und ESM stellt somit einen ganz entscheidenden Schritt bei der Bewältigung der Staatsschuldenkrise dar.

### Regierungserklärung zum G20-Gipfel

Auch beim G20-Gipfel Anfang nächster Woche im mexikanischen Los Cabos wird die Europäische Staatsschuldenkrise Thema sein. Vor dem diesjährigen Treffen der Staats- und Regierungschefs der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer hat Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung im Bundestag erneut betont, dass die Europäische Staatsschuldenkrise nur überwunden werden kann, wenn auch deren Ursachen konsequent bekämpft werden. Gleichzeitig forderte sie die anderen Staaten der Euro-Zone dazu auf, die Krise an der Wurzel zu packen.

Die christlich-liberale Koalition setzt sich weiter konsequent dafür ein, dass der Fiskalpakt und der ESM nun zügig beschlossen werden, um keine wertvolle Zeit bei der Bekämpfung der Euro-Schuldenkrise zu verlieren. Denn wir sind davon überzeugt, dass sich Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum in Europa nur mit Haushaltskonsolidierungen und Strukturreformen erreichen lassen – und nicht mit einer Vergemeinschaftung von Schulden in der Eurozone. Nur durch die Kombination von strengerer Haushaltskontrolle und einem Sicherungsmechanismus kann eine entscheidende Grundlage für eine echte Stabilitätsunion in Europa geschaffen werden. Die CSU-Landesgruppe hält damit an ihrer Strategie der schrittweisen Bewältigung der Staatsschuldenkrise fest und setzt weiter auf Haushaltskonsolidierung, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Stabilisierung der Finanzmärkte - denn wir sind davon überzeugt, dass Wachstum und Haushaltskonsolidierung Hand in Hand gehen müssen.

ECHTE WAHLFREIHEIT FÜR JUNGE FAMILIEN

## Betreuungsgeld für ein familienfreundliches Deutschland

Die christlich-liberale Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, junge Familien bei der Kindererziehung zu unterstützen und deshalb bereits einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz gesetzlich verankert. Dadurch haben wir eine Möglichkeit geschaffen, mit der Familie und Beruf erfolgreich miteinander vereinbart werden können. Daneben muss der Staat aber auch die Erziehungsleistung von Müttern und Vätern honorieren, die auf einen staatlich geförderten Betreuungsplatz verzichten. Denn wenn der Staat den Ausbau öffentlicher Krippen mit durchschnittlich rund 1.000 Euro monatlich pro Krippenplatz finanziell fördert, müssen Eltern nach Überzeugung der CSU-Landesgruppe auch bei der privaten Kinderbetreuung finanziell unterstützt werden. Das Betreuungsgeld ist damit wesentlicher Bestandteil einer christlich orientierten Familienpolitik und ein wichtiges Instrument zur Unterstützung junger Familien – denn es schafft echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung.

### Betreuungsgeld ist ein Gebot der Gerechtigkeit

Das Betreuungsgeld stellt nicht nur eine notwendige Ergänzung zur bestehenden Familienförderung dar, es ist nach unserer Überzeugung sogar ein Gebot der Gerechtigkeit – denn auch diejenigen Eltern müssen staatliche Unterstützung erhalten, die sich bewusst dafür entscheiden, die Erziehung ihres Kindes eigenständig in die Hand zu nehmen. Mit dem Betreuungsgeld kann jede Familie die Betreuung ihrer Kinder ganz nach ihren Bedürfnissen organisieren und wird so bei der Verwirklichung ihrer individuellen Lebensplanung unterstützt. Deshalb setzen sich die christlich-sozialen Abgeordneten weiter konsequent dafür ein, dass das Betreuungsgeld nun zügig umgesetzt und wie geplant zum Jahr 2013 eingeführt wird – schließlich ist das Betreuungsgeld nicht nur im Koalitionsvertrag vereinbart, es wurde auch schon in der letzten Wahlperiode von der Großen Koalition gesetzlich verankert.

### Koalitionsfraktionen beschließen Gesetzentwurf

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag setzt sich deshalb weiter mit Nachdruck für das Betreuungsgeld ein – mit Erfolg: in dieser Woche haben die Koalitionsfraktionen beschlossen, einen Gesetzentwurf zur Einführung des Betreuungsgeldes in den Deutschen Bundestag einzubringen. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass Eltern, die keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen, ab dem Jahr 2013 mit 100 Euro pro Monat, ab dem Jahr 2014 mit 150 Euro monatlich bei der Betreuung ihrer Kinder in ihrer individuellen Planung unterstützt werden. Moderne Familienpolitik bedeutet für die CSU-Landesgruppe, verschiedene Lebensentwürfe zu unterstützen und dadurch eine echte Wahlfreiheit für junge Familien zu schaffen. Mit dem Betreuungsgeld tragen wir dazu bei, dass Deutschland ein familienfreundliches Land bleibt und die Arbeitswelt sich den Bedürfnissen der Familien anpasst – und nicht umgekehrt.